



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

die Bundeskanzlerin hat am Wochenende eine überzeugende Antwort auf die Frage gegeben, welche Schritte für Europa in der Zukunft notwendig sind. Das Ziel ist, gute Perspektiven für Sicherheit und Wohlstand zu bieten und Europa eine starke Stimme in der Welt zu verleihen. Wichtigste Handlungsfelder für die Zukunft sind die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die wirtschaftliche und technologische Stärkung Europas sowie die gemeinsame Asyl- und Entwicklungspolitik.

Um ein verlässlicher Partner in der Welt zu bleiben, muss Europa in der Außen- und Sicherheitspolitik selbstständiger werden. Das beinhaltet auch die Bündelung der Fähigkeiten, um bei auftretenden Krisen schneller handeln zu können. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass im Bereich der Verteidigungspolitik einsatzfähige Truppen in die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) integriert werden. Die Entwicklung der europäischen Verteidigungspolitik war ebenfalls Thema auf der Sicherheitskonferenz „Shangri – La Dialog“ in Singapur, an der ich am vergangenen Wochenende teilgenommen habe.

Am Mittwoch gab es ein Novum im Deutschen Bundestag. Erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik stellte sich die Bundeskanzlerin direkt den Fragen der Abgeordneten im Parlament. Kein deutscher Regierungschef tat dies zuvor. Das neue Format haben Union und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart.

Berichte über die Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Bremen haben den Fokus auf die Arbeit der Bundesbehörde gerichtet. Für eine zügige und vollständige Aufklärung wurden die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet. Schnelle Entscheidungen über Asylanträge sind wichtig, dürfen aber nicht auf Kosten der Qualität getroffen werden.

In meinem Wahlkreis ist das Institut für Biokunststoffe und Bioverbundwerkstoffe (IfBB) der Hochschule Hannover prämiert worden. Es gehört zu den 100 „Ausgezeichneten Orten im Land der Ideen“ deutschlandweit. Dazu gratuliere ich herzlich.

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin



Sitzungen des Deutschen Bundestages vom 04. bis 08. Juni 2018

Neuregelung des Familiennachzugs subsidiär Schutzberechtigter

Im Plenum wurde in erster Lesung eine Neuregelung des Familiennachzugs beraten. Damit wird Klarheit über Voraussetzungen und Ausschlussgründe für eine angemessene und sachgerechte Begrenzung des Nachzugs geschaffen. Beim Zuzug zu subsidiär Schutzberechtigten sind Integrationsaspekte und das Kindeswohl besonders zu berücksichtigen.

Änderung des Parteiengesetzes

In erster Lesung diskutierte das Plenum eine Änderung des Parteiengesetzes, mit der das jährliche Volumen der staatlichen Mittel von derzeit 165 auf 190 Millionen Euro ab dem Jahr 2019 angehoben wird.

Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)

Das Parlament stimmte der Bundesratsinitiative zu, bestehende Sonderregelungen für Bürgergesellschaften bei der Ausschreibung von Windanlagen an Land auszusetzen. Die Aussetzung wird bis zum Gebotstermin 1. Juni 2020 gelten. In den bisherigen Ausschreibungen durften Bürgergesellschaften bereits vor Erteilung einer Anlagengenehmigung ein Gebot abgeben. Diese Ausnahme wurde zur Regel und droht aufgrund von Verzögerungen in der Umsetzung eine Ausbaulücke sowie Arbeitsplatzverluste nach sich zu ziehen.

Tätigkeit des Petitionsausschusses im Jahr 2017

Der Jahresbericht 2017 des Petitionsausschusses enthält statistische Angaben zu Anzahl, Herkunft sowie Inhalt von Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag. Er berichtet zudem über Einzelanliegen aus den

verschiedenen Ressorts. Im Jahr 2017 erreichten den Ausschuss insgesamt 11.507 Eingaben, rund 200 mehr als im Vorjahr.

Fortsetzung Operation SOPHIA

Die Operation SOPHIA ist ein wichtiges Element in der Strategie der EU zur Bekämpfung krimineller Aktivitäten der Menschenschlepper im Mittelmeer. Der Einsatz unserer Soldatinnen und Soldaten ergänzt die Bemühungen der Bundesregierung, die Länder entlang der Flucht- und Migrationsrouten zu unterstützen. Wir haben daher den Antrag auf Verlängerung des Mandats bis zum 30. Juni 2019 bei unveränderter Obergrenze von 950 Soldaten debattiert.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte im Libanon

Die Lage im Nahen Osten ist politisch weiterhin äußerst instabil. Die Kämpfe in Syrien wirken in den Libanon hinein und die Aufnahme von etwa zwei Millionen Flüchtlingen stellt das Land vor große Herausforderungen. Die Entlastung durch Truppen der Vereinten Nationen ist deshalb ein wichtiges Instrument zur Sicherung und Stabilität des Libanon. Wir bieten die Fortsetzung der deutschen Beteiligung mit anhaltend maximal 300 Soldaten bis zum 30. Juni 2019. Schwerpunkt des deutschen Engagements bleibt der Fähigkeitsaufbau der libanesischen Marine.

Fortsetzung der deutschen Beteiligung im Kosovo

Ebenfalls beraten wurde der Antrag auf Verlängerung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo bei einer gleichbleibenden Obergrenze von 800 Soldaten. Das Bundestagsmandat für die Beteiligung ist nicht befristet. Zur Aufrechterhaltung eines sicheren und stabilen Umfelds sowie zur Sicherstellung der Bewegungsfreiheit, insbesondere im Norden Kosovos, ist die

internationale Truppenpräsenz weiterhin erforderlich. Unsere Soldatinnen und Soldaten leisten einen Beitrag zum umfangreichen europäischen Engagement zur Stärkung der Rechtstaatlichkeit in Kosovo.

Gewaltexzesse gegen die Rohingya stoppen

Aufgrund der Massenflucht von über 688.000 Mitgliedern der muslimischen Minderheit der Rohingya aus Myanmar nach Bangladesch fordern CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne in einem überfraktionellen Antrag, sich gegenüber der Regierung Myanmars für ein Ende der Menschenrechtsverletzungen einzusetzen. Zusätzlich muss die Aufarbeitung der Verbrechen, die Umsetzung der von den VN entwickelten Lösungsansätze, der Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen und die Gewährung der vollständigen politischen sowie sozialen Rechte der Rohingya sichergestellt werden.

Einführung einer Musterfeststellungsklage

In erster Lesung haben wir die Einführung der der Musterfeststellungsklage beraten. Sie unterstützt Verbraucher dabei, ihre Rechte gegenüber Unternehmen besser durchsetzen zu können. Besonders interessant ist die neue Klageart bei Geschäften mit geringerem Schadensvolumen, bei denen der Aufwand einer Klage aus Sicht der Betroffenen unverhältnismäßig erscheint. Zukünftig können Verbraucherschutzverbände in einem Klageverfahren anspruchsbegründende Voraussetzungen feststellen lassen. Der Nutzen ergibt sich für die Verbraucher, die sich hierfür in einem Klageregister anmelden. Auch durch VW geschädigte Diesel-Fahrer können dieses Verfahren nutzen. Das vorgesehene Inkrafttreten zum 1. November 2018 hemmt die dort zum Jahresende drohende Verjährung. CDU und CSU werden ein besonderes Augenmerk darauf legen, die Seriosität und Sachkunde der befugten Verbände zu gewährleisten. Unternehmen müssen vor unseriösen Klagen geschützt werden. Die Musterfeststellungsklage soll ein Instrument für den Verbraucher sein und

nicht ein neues Geschäftsmodell für Anwaltskanzleien und Abmahnverbände.

Umsetzung des Bologna-Prozesses 2015-2018

Die Umsetzung der Bologna-Reform ist gelungen. Heute schließen 91 Prozent aller Studiengänge in Deutschland mit dem international anerkannten Bachelor/Master ab. Das Angebot der deutschen Hochschulen umfasst mittlerweile 8.750 Bachelor- und fast ebenso viele Masterstudiengänge.

Daten und Fakten

Arbeitslosenzahlen im Abwärtstrend

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland sinkt weiter. Den neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge lag die Arbeitslosenquote im Mai bei 5,1 Prozent. Demnach waren 2,3 Millionen Menschen arbeitslos, 68.000 weniger als noch im April und rund 182.000 weniger als im Vorjahr. Das entspricht dem niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung.

Im Wahlkreis



Gespräch mit meinen amerikanischen „Patenkindern“ und ihren Gasteltern

Vor kurzem traf ich meine drei amerikanischen „Patenkinder“ und ihre Gastfamilien zu einem gemeinsamen Gespräch. Die drei Schülerinnen sind zurzeit mit dem Austauschprogramm des amerikanischen Kongresses und des Deutschen Bundestages in Hannover und

berichteten von ihren bisherigen Erfahrungen in Deutschland.



Zu Gast beim Stammtisch der Jungen Union zum Thema „Große Koalition und die Herausforderungen für Deutschland“

Ich war auf dem Stammtisch der Jungen Union in Hannover zu Gast. Der Einladung bin ich sehr gerne gefolgt und ich habe mich gefreut, mit den Mitgliedern der Jungen Union zu diskutieren. Gemeinsam sprachen wir über die Neuauflage der Großen Koalition und die damit verbundenen Herausforderungen für Deutschland.

Parlamentarisches

Patenschafts-Programm



Das gemeinsame Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) des Deutschen Bundestages und des US-Kongresses bietet jedes Jahr rund 360 Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen die Möglichkeit, ein Auslandsjahr in den USA zu absolvieren.

Die Bewerbung für das Programmjahr 2019/2020 ist bis zum 14. September 2018 möglich. Bewerben können sich Schülerinnen und Schüler, die am 31. Juli 2019 mindestens 15 und höchstens 17 Jahre alt sind. Junge Berufstätige müssen bis dahin ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und dürfen zu diesem Zeitpunkt höchstens 24 Jahre alt sein.

Alle Informationen zum Programm sowie zum Bewerbungsverfahren erhalten Sie unter: www.bundestag.de/ppp.

Land der Ideen: Hochschule Hannover ausgezeichnet



Das Institut für Biokunststoffe und Bioverbundwerkstoffe (IfBB) der Hochschule Hannover gehört zu den 100 „Ausgezeichneten Orten im Land der Ideen“. Es setzte sich mit der Computermaus aus einem Biowerkstoff gegen knapp 1500 Bewerber durch. Das Gehäuse der Computermaus besteht dabei zu über 80% aus nachwachsenden Rohstoffen wie Zucker und Maisstärke. Weitere Informationen erhalten Sie unter: <http://kurzlinks.de/l395>

Impressum:

Dr. Ursula von der Leyen, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
www.ursula-von-der-leyen.de

Bildrechtenachweis:

Jan Kopetzky; CDU/CSU-Bundestagsfraktion; CDU-Landesgruppe Niedersachsen/ Arnim Linnartz; Deutscher Bundestag/Achim Melde; Deutscher Bundestag/Thomas Imo/photothek; Bundespresseamt, Bundeswehr: Thorsten Kraat; MdB-Büro: DVa; Deutschland: Land der Ideen: Bernd Brundert